

INHALT

Klimaschutz

Bremer Kohlekraftwerke vom Netz nehmen. S. 2/3

Stadtentwicklung

Die Überseestadt braucht eine Mitte, Tram und Brücken. S. 4

Mehr Tempo 30

Bremen ordnet auf grüne Initiative deutlich mehr Tempo 30 an. Bremenweit erfolgt das Tempolimit für mehr Verkehrssicherheit zunächst vor 71 Kitas, Schulen, Seniorenheimen und Behinderteneinrichtungen - auch an Hauptstraßen. Bei 107 weiteren Einrichtungen wird dies noch geprüft.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen

Bürgerrechte verteidigen

Die CDU hat ein verschärftes Polizeigesetz vorgelegt, das für die Grünen-Fraktion ebensowenig zustimmungsfähig ist wie der vorherige Referentenentwurf aus dem Innenressort. Mit ihrer Initiative verwischt die CDU die Trennlinie von Polizei und Geheimdienst. Insbesondere die vorgesehene Online-Überwachung, die nicht auf Terrorverdächtige begrenzt ist, gefährdet die Bürgerrechte und ist verfassungswidrig. „Das CDU-Polizeigesetz bedeutet

Überwachung, Kontrolle und schränkt die Freiheit aller massiv ein. Mit der geheimen Online-Durchsuchung wird die CDU zum Gefährder für Bürgerrechte. Wir lehnen diesen Rundum-Spähangriff auf private Smartphones und Computer entschieden ab. Der Staat muss Sicherheitslücken in IT-Systemen zum Schutz seiner BürgerInnen schließen und darf sie nicht selbst nutzen“, betont der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Kritisch sehen die Grünen bei beiden Initiativen die Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Fußfesseln bei



Menschen, die bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten sind, und die Videoüberwachung, die über anlassbezogene und zeitlich befristete Maßnahmen hinausgeht. All diese Punkte bedürfen noch der Anhörung unabhängiger Fachleute. „Die Bürgerrechte sind Kernbestandteil unserer Verfassung und Basis unserer offenen und demokratischen Gesellschaft. Sie müssen gegen überbordende Eingriffe verteidigt werden. Unabhängig davon setzen wir uns dafür ein, die Polizei personell weiter zu stärken“, so Björn Fecker.



Hitzewelle: Klimaschutz stärken

Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer fordert im Interview, die Bremer Kohlekraftwerke abzuschalten, Freiflächen zu erhalten und Gebäude zu begrünen.

Ernteausfälle, aufgeplatzte Straßen, Waldbrände, tote Fische, unter der Hitze leidende Menschen – das sind nur einige Folgen des diesjährigen Extremsommers. Zwar ist es kaum möglich, einzelne Wetterereignisse auf den Klimawandel zurückzuführen. Aber Trends lassen sich erkennen. Klimaforscher

und es viel öfter Starkregen geben wird. Im Interview fordert die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer deshalb, die Ursachen für den Klimawandel stärker zu bekämpfen und Bremen besser auf Extremwetter vorzubereiten.

Bremen hat zwar CO₂ im Verkehr und bei Gebäuden eingespart, dennoch ist das Land von den selbst gesteckten Klimaschutzzielen weit entfernt. Was muss jetzt passieren?

Maike Schaefer: Wir müssen in Bremen rasch aus der klimaschädlichen

„Bremer Kohlekraftwerke rasch vom Netz nehmen.“

Kohleenergie aussteigen. Die Kohlekraftwerke müssen schnellstmöglich vom Netz genommen werden. Damit würden wir den Bremer CO₂-Ausstoß um gut 30 Prozent verringern. Das wäre ein riesiger Schritt für den Klimaschutz. Zudem müssen wir die Fernwärme weiter ausbauen und die Abwärme aus Industrieanlagen besser nutzen. Nicht zuletzt müssen wir auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien setzen, insbesondere der Offshore-Windkraft im Land Bremen. Dafür muss der Bund aber mehr Offshore-Energie zulassen.

Wie kann sich Bremen trotz zunehmenden Wohnungsbaus vor Hitzewellen schützen?

Wir müssen die wichtigen Freiluftschneisen in der Stadt erhalten. Jeder hat es doch schon am eigenen Leib selbst gespürt: Auf dem dunklen Asphalt und in den Betonschluchten der Straßen ist es deutlich heißer als auf der grünen Wiese. Das bedeutet, dass wir bei der Innenentwicklung auf mehr Fassadenbegrünung zum Runterkühlen sowie mehr und besser geschützte Bäume als Schattenspender achten müssen. Wir müssen Freiflächen erhalten, statt Kleingärten und Grünflächen am Stadtrand zu betonieren.

Wie kann die Stadt sich gegen mehr Starkregen wappnen, damit Gebäude und Straßen nicht überflutet werden?

Begrünte Dächer sind nicht nur gut als Lebensraum für Insekten und sorgen für ein gutes Klima. Sie nehmen vor allem auch viel Regenwasser auf. Die Kanalisation wird bei Unwettern mit Starkregen durch Gründächer entlastet. Deshalb brauchen wir eine Gründachverordnung für Neubaugebiete, in denen das angesichts der längst vorliegenden Starkregendaten Sinn macht. Gerade große Dächer in Gewerbegebieten eignen sich dafür. Außerdem muss die Stadtplanung mehr Senken als Sammelflächen vorausschauend mitplanen, damit das Wasser bei Starkregen zwischengespeichert werden kann und Straßen sowie Gebäude nicht überschwemmt werden.



Grünen-Fraktion will Brücken nach Übersee

Die Überseestadt wächst und wächst, nun kommt noch die Entwicklung des großen Kellog's-Areals hinzu. Dabei droht dem Quartier bereits heute der Verkehrsinfarkt. Auch die Nahversorgung und weitere Infrastruktur hat mit dem Schwung des Wohnungsbaus und der Unternehmensansiedlungen nicht Schritt gehalten. Vor diesem Hintergrund



hat die Grünen-Fraktion ein Positionspapier mit einigen Vorschlägen beschlossen, die bestehende Probleme lösen und künftig die Urbanität der Überseestadt erhöhen sollen. Dazu gehören u.a. Brücken, eine Straßenbahn und eine echte Mitte für das Quartier.

„Die Überseestadt droht an ihrem Erfolg zu ersticken. Wir müssen auf die rasanten und dynamischen Entwicklungen in der Überseestadt verkehrs- und baupolitisch reagieren, um ein Drama der Stadtentwicklung zu vermeiden. Wir müssen die Überseestadt mehr zu einem urbanen, gemischten, gut gegliederten und integrierten Stück Stadt machen“, betont der stadtentwicklungspolitische Sprecher Robert Bücking. Aus seiner Feder stammen die Vorschläge.

Die Grünen-Fraktion plädiert u.a. für eine Straßenbahn vom Bahnhof bis zum Wendebecken. Um eine Verbindung nach Woltmershausen zu schaffen, wären zwei Brücken sinnvoll: eine von Woltmershausen auf die Halbinsel des Europahafens und eine von dort über das Hafenbecken in die Überseestadt. Um die Überseestadt besser mit der Waterfront und Gröpelingen zu verbinden, regt die Fraktion einen Schwimmsteg vom Waller Sand/Molenturm zur Werftinsel an. Dabei muss eine Durchfahrt auch für große Schiffe gewährleistet bleiben.

Die Überseestadt muss ein echter Stadtteil werden – mit allem, was der Mensch zum Leben braucht. Die Fraktion plädiert in diesem Zusammenhang für eine Neuorganisation des Großmarktes. „Dafür ist jetzt

der richtige Zeitpunkt gekommen. Die große Halle an der Westseite des Großmarktes wird frei. Deshalb können wir die Zufahrt nach Norden an die Eduard-Suhling-Straße verlegen. Der Lkw-Verkehr kann so aus dem Rest der Überseestadt herausgehalten werden. Da, wo jetzt die 6-spurige Einfahrt des Großmarktes ist, werden Flächen frei. Zusammen mit der Grünfläche und dem Lkw-Parkplatz entsteht hier ein großes Areal, das neugestaltet werden kann. Hier könnte die neue Mitte der Überseestadt entstehen: mit Läden, Gastronomie, sozialen Einrichtungen und nebenan die Kunsthochschule und das BLG-Forum“, so Robert Bücking.

Das illustrierte Positionspapier unter: www.gruene-fraktion-bremen.de